

Lettland

Detlef Henning

In der ersten Jahreshälfte konzentrierte sich das öffentliche Interesse Lettlands auf die bevorstehenden Kommunalwahlen vom 1. Juni 2013. Als Reaktion auf Provokationen russischsprachiger Volkstumsverbände und politische Sonderinteressen des russischen Bürgermeisters von Riga, Nils Usakovs, dominierten nationale Befindlichkeiten die politische Argumentation. Bei den Wahlen erhielt die lettisch orientierte Partei „Einheit“ („Vienotība“) in den neun Stadt- und 110 Landgemeinderäten des Landes bei einer schwachen Wahlbeteiligung von 46% die meisten Sitze (12,2%), gefolgt vom „Verband der Grünen und Bauern“ (ZZS, 9%) und dem rechtsnationalen Parteienbündnis „Für Vaterland und Freiheit/Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung“ (TB/LNNK, 8,3%).¹

Die Wahlergebnisse müssen jedoch lokal und regional differenziert betrachtet werden. So konnte in der Hauptstadt Riga, in der knapp ein Drittel der Einwohner Lettlands lebt,² die regierende Koalition, bestehend aus der russisch orientierten Partei „Harmoniezentrum“ (SC) und der kleineren Oligarchengruppierung „Ehrendienst für Riga“ (GKP), trotz vorangegangener Skandale ihre Macht mit 58,5% festigen. Die Opposition hatte insbesondere den Abbau von Haushaltsüberschüssen zur Finanzierung von Wahlversprechen für die Wählerschaft des SC sowie eine auffällende Zurückhaltung bei der Beantragung von EU-Projekten, die mit Kontrollmechanismen verbunden gewesen wären, kritisiert.

Andererseits erhielt das SC in Daugavpils, der zweitgrößten Stadt Lettlands nahe der weißrussischen Grenze mit nur 17% Letten, lediglich 23% der Stimmen, unmittelbar gefolgt von der Regionalpartei „Partei Lettgallens“ (LP) mit 22,8% der Stimmen. In vielen ländlichen Gemeinden mit geringer russischer Bevölkerung trat das SC gar nicht erst zur Wahl an. Auch in zahlreichen anderen Kommunen waren lokale oder regionale Wahlbündnisse erfolgreich, in Ventspils traditionell die Partei „Für Lettland und Ventspils“ des skandalumwitterten Oligarchen Aivars Lembergs mit 69,4%.

Verfassungsrecht

Nachdem im Vorjahr die gescheiterten Initiativen russischsprachiger Verbände (Einführung des Russischen als zweite Staatssprache;³ automatische Zuerkennung der Staatsangehörigkeit für alle Einwohner) monatelang die innenpolitische Diskussion wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Probleme in den Hintergrund gedrängt hatten, nahm auf Initiative von Staatspräsident Andris Bērziņš eine 2007 gegründete Verfassungskommission ihre Arbeit wieder auf. Sie sollte Vorschläge unterbreiten, wie künftig ein Missbrauch der Verfassung mit dem Ziel, die Souveränität des Landes zu schwächen, verhindert und diese mittels eines unabänderlichen Verfassungskerns geschützt werden könne. Im September 2013 veröffentlichte Egils Levits, Vorsitzender der Kommission und Richter am Gerichts-

1 Die Wahlergebnisse der Zentralen Wahlkommission unter: www.cvk.lv/pub/public/30491.html

2 Davon 47,6% Russen, Ukrainer und Weißrussen sowie 42,6% Letten, vgl. das Einwohnerregister nach Nationalität unter: www.pmlp.gov.lv.

3 Vgl. den Bericht „Lettland“ im Jahrbuch der Europäischen Integration 2012.

hof der Europäischen Union, den Entwurf einer neuen Präambel zur Verfassung. Levits' Vorschlag zielt sowohl auf eine stärkere Verankerung der lettischen Sprache und Leitkultur in der Verfassung, um die einzigartige kulturelle Identität des Landes sowie dessen Westorientierung zu gewährleisten, als auch auf eine Vertiefung des öffentlichen Verständnisses demokratischer Rechte und Pflichten sowie der europäischen Grundwerte. Mit seinem Vorschlag gelang es Levits binnen kurzer Zeit, eine intensive öffentliche Debatte über die Zukunft Lettlands und dessen staatsrechtlicher Verfasstheit auszulösen.⁴

Neben staatsrechtliche Initiativen, die lettische Demokratie zu stärken, treten Maßnahmen des „Nationalen Rates für Elektronische Medien“, der öffentlichen Medienaufsicht Lettlands. Vor allem russischsprachige Fernsehsendungen, die außerhalb des Landes produziert werden und die Souveränität der baltischen Staaten in Frage stellen, sollen einem intensiveren Monitoring unterzogen werden. Ferner soll geprüft werden, ob bestimmte Medieninhalte mit EU-Recht übereinstimmen. Auslöser waren u.a. Fernsehsendungen des russischen TV-Senders „Pervij Baltijskij kanal“ („Erster Baltischer Kanal“) Anfang Oktober 2013, in denen die Opfer des sowjetischen Überfalls auf den litauischen Fernsehturm in Vilnius am 13. Januar 1991 der litauischen Regierung angelastet wurden und eine historische Zugehörigkeit Litauens zum Russischen Reich beschworen wurde.⁵

Wirtschaft

Der strikte Sparkurs der Regierung unter Valdis Dombrovskis hat nach der schweren Finanzkrise von 2008 zu einer Stabilisierung der Wirtschaft des Landes geführt. Die Gesamtwirtschaft mit 4,4% und die Industrieproduktion mit 4,2% wuchsen zwar etwas schwächer als im Vorjahr, aber nachhaltig. Auch die Arbeitslosigkeit ging weiter auf 9,5% zurück. Erstmals zeichnet sich eine leichte Deflation (-0,4%) der Verbraucherpreise ab.⁶

Lettland hat trotz schwerster Krise die Kriterien zur Einführung des Euro erfüllt, der Aufnahmeantrag wurde durch Annahme der entsprechenden Rechtstexte, einschließlich der Beibehaltung des bisherigen Wechselkurses (1 EUR = 0,702804 LVL) am 9. Juli 2013 von den Ministern des ECOFIN-Rates formell beschlossen. Seit dem 1. Oktober 2013 müssen alle Preise auch in Euro ausgezeichnet werden, mehr als 40.000 Geschäfte und Unternehmen sind eine schriftliche Verpflichtung eingegangen, die Preise korrekt umzurechnen. In den ersten Monaten nach der Einführung hat die Regierung ein Preismonitoring versprochen. Dennoch gilt es, letzte Bedenken der Bevölkerung bis zur Einführung der neuen Währung am 1. Januar 2014 zu zerstreuen. Der Abschied vom Lat, der auch Symbol staatlicher Kontinuität und wiedergewonnener Unabhängigkeit war, fällt nicht leicht.

Weiterführende Literatur

Ivars Ijabs: Entfremdete Nachbarn. Die Integration der russischsprachigen Minderheit in Lettland, in: Konrad Adenauer Stiftung. Auslandsinformation 7 (2013), S. 22-45.

Olivier Blanchard/Mark Griffiths/Bertrand Gruss: Boom, Bust, Recovery. Forensics of the Latvia Crisis, Washington D.C 2013 (The Brookings Institution).

4 Egils Levits war u.a. Schüler des Kieler Ostrechtlers Dietrich A. Loeber und langjähriger Mitarbeiter des deutschen Sowjetologen und Kanzleramtsberaters Boris Meissner. Der Text des Entwurfs der Präambel in: Jurista Vards (Das Wort des Juristen), Nr. 39 (24.9.2013); Dokumentation der Diskussion: Ebd. Nr. 43 (22.10.2013). Die Verfassunggebende Versammlung Lettlands (1920-1922) hatte sich nur auf eine kurze Kompromissformel verständigen können: „Das lettische Volk hat sich in seiner frei gewählten konstituierenden Versammlung dieses Grundgesetz gegeben: (...)“. Der aktuelle Text der Verfassung in deutscher Sprache unter: www.verfassungen.eu/lv/verf22-i.htm.

5 Quelle: www.ir.lv/2013/10/10/nepilp-sak-administrativo-lietu-par-pbk-raidiijumu-cilveks-un-likums.

6 Die Zahlen beziehen sich auf das 2. Quartal 2013. Quelle: Lettlands Bank (www.bank.lv).